

Laibacher Zeitung.



Nr. 106.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Dinstag, 9. Mai.

Insertionsgebühren: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 20 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1876.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben die nachstehenden Allerhöchsten Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Graf Andrássy!

Ich habe die vom Reichsrathe auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 für das Jahr 1876 gewählte und die vom ungarischen Reichstage auf Grund des XII. Gesezartikels 1867 für das Jahr 1876 zur Verhandlung der gemeinsamen Angelegenheiten zu entsendende Delegation mit den in Abschrift beiliegenden Handschreiben auf den 15. Mai d. J. nach Budapest einzuberufen befohlen und beauftrage Sie, wegen Einbringung der betreffenden Vorlagen das Erforderliche zu veranlassen.

Wien den 3. Mai 1876.

Franz Joseph m. p.

Andrássy m. p.

Lieber Fürst Auersperg!

Ich finde Mich bestimmt, die vom Reichsrathe auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 für das Jahr 1876 gewählte und die vom ungarischen Reichstage auf Grund des XII. Gesezartikels 1867 für das Jahr 1876 zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten zu entsendende Delegation auf den 15. Mai d. J. nach Budapest zur Aufnahme der ihrem Wirkungskreise gesetzlich vorbehaltenen Thätigkeit einzuberufen. Indem Ich gleichzeitig Meine Ministerien für gemeinsame Angelegenheiten zur Einbringung der verfassungsmäßigen Vorlagen anweise, beauftrage Ich Sie, wegen der Einberufung der gewählten Mitglieder der Delegation das Entsprechende zu veranlassen.

Wien den 3. Mai 1876.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Lieber v. Tisza!

Ich finde Mich bestimmt, die vom ungarischen Reichstage auf Grund des XII. Gesezartikels 1867 für das Jahr 1876 zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten zu entsendende und die vom Reichsrathe auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 für das Jahr 1876 gewählte Delegation auf den 15. Mai nach Budapest zur Aufnahme der ihrem Wirkungskreise gesetzlich vorbehaltenen Thätigkeit einzuberufen. Indem Ich gleichzeitig Meine Ministerien für gemeinsame Angelegenheiten zur Einbringung der verfassungsmäßigen Vorlagen anweise, beauftrage Ich Sie, wegen der Wahl und Ein-

berufung der Delegationsmitglieder das Entsprechende zu veranlassen.

Wien den 3. Mai 1876.

Franz Joseph m. p.

v. Tisza m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. April d. J. den Rabbiner der israelitischen Cultusgemeinde Einz.-Urfahr Dr. Adolf Kurrein zum Mitgliede des Landesrathes für Oberösterreich für den Rest der gesetzlichen Funktionsdauer allergnädigst zu ernennen geruht.

Stremayr m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. April d. J. dem Scriptor der Universitätsbibliothek in Graz Dr. Ludwig v. Hörmann in Anerkennung seiner vorzüglichen Verwendung den Titel und Charakter eines Bibliothekscustos mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Stremayr m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. Mai d. J. dem Bezirksrichter Karl Dejak in Montona in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und belobten Dienstleistung den Titel und Charakter eines Landesgerichtsrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Glasier m. p.

Die k. k. Finanzdirection für Krain hat den Steueramtspracticanten Albert Palm und den Practicanten des k. k. Finanz-Rechnungsdepartements in Laibach Paul Smolej zu provisorischen Assistenten in der XI. Rangklasse des k. k. Landeszahlamtes Laibach ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Wien, 4. Mai.

Preisanschreibung.

Von Seite des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht wird hiemit ein Preis ausgeschrieben für das beste Lehr- oder Handbuch der österreichischen Reichs- und Rechtsgeschichte.

Der Preis besteht in dem Betrage von 2000 fl. ö. W. in Silber.

Die Arbeit hat nach der für die deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte bewährten Methode darzustellen:

Die Geschichte des Reiches mit besonderer Berücksichtigung der diplomatischen und politischen Geschichte, also jener öffentlichen Acte und Begebenheiten

durch welche die Monarchie im Laufe der Zeiten zu ihrem heutigen Länderbestande und Machtbesitze erwuchs;

die Geschichte des öffentlichen Rechtes, also die Entwicklung des heute geltenden öffentlichen Rechtszustandes in Verfassung und Verwaltung;

die Geschichte des Privatrechtes, also die Entwicklung des österreichischen Privatrechtes durch Reception oder particuläre Ausgestaltung des gemeinen und Ausbildung des eigenen Landesrechtes bis herab zur letzten Codification.

In allen drei Theilen ist die Geschichte der verschiedenen im österreichischen Staate vereinigten Volksstämme ausführlich erst von dem Momente ihrer Vereinigung darzustellen und die bis dahin zurückgelegte geschichtliche Entwicklung nur übersichtlich anzudeuten.

Die Reichs- und Rechtsgeschichte der Länder der ungarischen Krone bildet keinen Gegenstand der Darstellung und ist nur insofern zu berücksichtigen, als es zur Darstellung der Geschichte der Monarchie als solcher (also insbesondere zur Geschichte des Reiches und des öffentlichen Rechtes) erforderlich ist.

Auf dem Gebiete des Privatrechtes ist die Rechtswissenschaft nur so weit zu verfolgen, als dies in den deutschen Reichs- und Rechtsgeschichten üblich ist, daher nur die Ausbildung der Rechtsinstitute ohne dogmatische Einzelheiten darzustellen ist.

Die Arbeit soll noch besonders dem Zwecke dienen, die österreichische Reichs- und Rechtsgeschichte zu einer selbstständigen akademischen Disciplin zu erheben.

Demzufolge hat der Autor besonders darauf Bedacht zu nehmen, die Geschlossenheit dieses Wissensgebietes und die Selbstständigkeit der Rechtswissenschaft innerhalb der Grenzen der Monarchie zur Darstellung zu bringen; auch muß die Arbeit als Leitfaden beim akademischen Unterrichte verwendbar sein.

Die eingeleiteten Arbeiten müssen in deutscher Sprache geschrieben und paginirt und mit einem passenden Motto versehen sein. Gleichzeitig mit der Arbeit ist ein versiegelter Brief einzuschicken, welcher auf der Außenseite das Motto der Arbeit, im Innern den Namen und Wohnort des Verfassers angiebt.

Autoren, welche um den von der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultät der Wiener Universität ausgeschriebenen Preis für eine Geschichte der Rechtsbildung in den deutsch-österreichischen Erbländern („Wiener Zeitung“ vom 26. Februar 1874) concurrirt haben, können gleichwohl auch um den hier ausgeschriebenen Preis in Bewerbung treten, wenn sie die Arbeit nach den Anforderungen der gegenwärtigen Preisanschreibung erweitern und vervollständigen.

Der letzte Termin zur Einsendung der Arbeit ist der 31. Dezember 1879.

Feuilleton.

Die Weltausstellung in Philadelphia.

I.

Die Rühr. Ztg.“ gibt denen, welche zur Weltausstellung nach Philadelphia reisen wollen, Rathschläge an die Hand.

Wir heben im Nachstehenden vom Wichtigsten und Interessantesten einiges hieraus hervor.

Ueber die Wahl der passendsten Jahreszeit heißt es darin: „Man hat sich in Deutschland daran gewöhnt, die Monate Juli und August als Reiseumone im eigentlichen Sinne des Wortes zu betrachten, und gerade kein Monat im Jahre ist für den Osten der Vereinigten Staaten so ungünstig wie diese beiden. Die sengende Hitze des Continents macht bis an den Saum der Küste selber die Städte zu wahren Höllen und den Landaufenthalt nur dann genießbar, wenn man ihn in Gestalt einer faulen Muße, worin der Anglo-Amerikaner zu Zeiten Meister ist, zu sich nehmen kann; damit ist jedoch der Zweck der Reise verfehlt. Unter den Städten steht betreffs der Hitze Philadelphia obenan, weil die engen Gassen der Stadt keinen Luftzug Zutritt gestatten und die compacte Steinmasse der Gebäude wie ein Siemens'scher Regenerator-Ofen sich stetig mehr und mehr erhitzt. Erträglicher ist in den Städten der September, und auf dem Lande ist dieser Monat sowohl als der October als schönste Reisezeit zu betrachten; das Wetter ist dann meistens sonnig warm, ohne heiß zu sein, und die bunte Farbenpracht des sogenannten „Indian Summer“ verschafft dem Reisenden in dem sonst farbenarmen

Land ein Schauspiel, welches Europa nicht kennt. Das schöne Wetter währt oft bis in den November hinein; allein mit dem Fallen der Blätter verschwindet der Reiz der Landschaft. Hiernach wird September und October allenfalls mit Zuhilfenahme des Augusts für den Norden und des Novembers für den Süden, als die günstigste Zeit anzunehmen sein. Von einer Reise im Frühjahr ist ganz abzurathen; ein Lenz in unserem Sinne ist in Amerika unbekannt, entweder geht Regen und Schmutz im April und Mai unmittelbar in sengende Hitze im Juni über, oder die Dauer milder Frühlingsluft ist so kurz und namentlich so unsicher, daß sich Reisepläne auf sie nicht bauen lassen. Ein Umstand ferner, auf welchen sich der Reisende zu jeder Jahreszeit und in weit höherem Grade als bei uns, gefaßt machen muß, ist der plötzliche Umschlag des Wetters; es kann ihm leicht begegnen, im August vor Frost auf acht oder vierzehn Tage zu klappen und die ersparte Hitze alsdann einen Monat später mit Zinsen nachgenießen zu müssen.

Inbetreff der Kosten — sagt der Verfasser weiter — ist ein bemerkenswerther Unterschied zwischen einer Reise in den Vereinigten Staaten und einer solchen in Europa. Bei uns, sei es in Deutschland, in der Schweiz, in Italien, sei es selbst im Orient, ist dem Reisenden ein ziemlicher Spielraum gelassen bei Bemessung der Mittel, welche er zur Reise verwenden will; er kann auf der Eisenbahn in erster, zweiter, dritter Klasse fahren, er kann in Gasthöfen ersten Ranges Champagner trinken und Salons bewohnen, oder er kann in bescheidenen Häusern sich mit Bier und einem Stübchen unter dem Dach begnügen; er kann in vier-spännigem Wagen über die Alpenpässe reisen oder mit seinem Felleisen auf

dem Rücken sich Schusters Rappen anvertrauen. Alle diese Unterschiede fallen in Amerika fort. Der Reisende fährt auf der Eisenbahn (abgesehen von Schlafwaggon und Salonwagen) zu einem Preise, er zahlt in Gasthöfen einen festen Preis für Zimmer und Mahlzeiten und es bleibt fast nur die Benutzung von Mietwagen übrig, welche der Reisende einen Spielraum läßt. Es ist hiernach ganz unmöglich, in Amerika unter einem gewissen feststehenden Satz für jeden Tag zu reisen, und anderseits, abgesehen Extravaganzen, schwer thöulich, diesen Satz um ein Erhebliches zu überschreiten. Die Höhe dieses Satzes beträgt etwa 10 Dollars Papier (circa 20 fl.) für den Tag. Sie begreift in sich die vier bis fünf Dollars für den täglichen Board im Gasthof und eine gleiche Summe für die Menge kleinerer Nebenausgaben, welche in allen möglichen Formen stündlich an den Reisenden herantreten, wegen ihrer kleinen Beträge von 10 bis 25 Cents im Augenblick unbeachtet bleiben und sich doch an jedem Abend schließlich als eine ganze runde Summe darstellen. Außerdem fallen der Reisende zur Last: Eisenbahnbillets, Mietwagen, etwaige Theater, Concerte und Schaustellungen und das in Amerika ungewöhnliche und deshalb schwer und theuer zu befriedigende Verlangen, besser essen und trinken zu wollen, als seine Mitmenschen.

Eisenbahnbillets sind im Osten der Vereinigten Staaten, wo starke Concurrenz der verschiedenen Linien die Preise herabdrückt, nicht theurer als die zweite Klasse bei uns; bei heftigen Fehden zwischen einzelnen Gesellschaften werden sie zeitweilig sogar auf ein Minimum erniedrigt; anders ist es im Westen, jenseits des Missouri, wo die wenigen vorhandenen Bahnen oft Preise fordern, für welche man im Osten die zehnfache Entfernung hätte

Die Beurtheilung der Arbeit erfolgt durch eine im Ministerium für Cultus und Unterricht niederzusetzende Commission, welche aus einem Vorsitzenden und zwei Preisrichtern bestehen und ihr Votum noch im ersten Halbjahre 1880 abgeben wird.

Eine Theilung des Preises findet nicht statt. Derselbe wird entweder ganz oder gar nicht verliehen.

Dem Verfasser der mit dem Preise ausgezeichneten Arbeit verbleibt das Urheberrecht, die Arbeit muß aber noch im Jahre 1880 zum Drucke gelangen.

Die Zuerkennung des Preises wird in der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht.

Preisanschreibung.

Bonseite des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht wird hiemit ein Preis ausgeschrieben für die beste systematische Darstellung des in Oesterreich geltenden öffentlichen Rechtes.

Der Preis besteht in dem Betrage von zweitausend Gulden ö. W. in Silber.

Die Arbeit muß das gesamte Gebiet unseres positiven öffentlichen Rechtes, also das Verfassungsrecht (Staatsrecht im engeren Sinne) und das Verwaltungsrecht umfassen und als Lehr- und Handbuch wie auch als Leitfaden für Vorlesungen verwendbar sein.

Die Darstellung muß eine streng wissenschaftliche sein und einem aus der Natur des Gegenstandes entwickelten Systeme folgen. Derselben muß eine geschlossene Auffassung der allgemeinen Staatslehren zugrunde liegen, ohne daß diese für sich näher auszuführen ist. Geschichte und Literatur der einzelnen Rechtsinstitute haben jene Berücksichtigung zu finden, welche die heutige rechtswissenschaftliche Methode fordert.

Unbeschadet der systematischen Darstellung darf kein wesentlicher Bestandtheil des geltenden öffentlichen Rechtes unerörtert bleiben, sondern hat dieses letztere vollständig in dem wissenschaftlichen Rahmen der Darstellung Platz zu finden. Es sind also auch die particulären Landesrechte (Provinzialgesetze) aller im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder darzustellen, dagegen ist das Recht der Länder der ungarischen Krone zu übergehen oder doch nur im historischen Theile bis zu dem Zeitpunkte zu verfolgen, wo diese Länder wieder zu politischer Selbständigkeit gelangten (1867). Reichsrecht, d. i. das der ganzen Monarchie einschließliche der Länder der ungarischen Krone gemeinsame öffentliche Recht, fällt selbstverständlich unter die Aufgaben der Darstellung.

Das Verwaltungsrecht ist vollständig, mit Unterscheidung der administrativen und administrativ-rechtlichen Materie darzustellen.

Im Verfassungs- wie im Verwaltungsrechte ist neben dem materiellen auch das formelle Recht darzustellen und insbesondere auch auf Einrichtung und Spruchpraxis der bestehenden Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes Rücksicht zu nehmen.

Die eingeleisteten Arbeiten müssen in deutscher Sprache abgefaßt, deutlich geschrieben und paginirt und mit einem passenden Motto versehen sein. Gleichzeitig mit der Arbeit ist ein versiegelter Brief einzuschicken, welcher auf der Außenseite das Motto der Arbeit, im Innern den Namen und Wohnort des Verfassers angibt.

Der letzte Termin zur Einsendung der Arbeit ist der 30. September 1879.

Die Beurtheilung der Arbeiten erfolgt durch eine

im Ministerium für Cultus und Unterricht niederzusetzende Commission, welche aus einem Vorsitzenden und zwei Preisrichtern bestehen und ihr Votum noch in den ersten Monaten des Jahres 1880 abgeben wird.

Eine Theilung des Preises ist im allgemeinen nicht zulässig. Nur wenn das ganze ausgeschriebene Thema von niemand in preiswürdiger Weise bearbeitet worden ist, kann durch Ausspruch der Commission die Hälfte des Preises einer Arbeit zuerkannt werden, in welcher entweder das ganze Verfassungsrecht (Staatsrecht im engeren Sinne) oder das ganze Verwaltungsrecht preiswürdig behandelt erscheint.

Dem Verfasser der mit dem Preise ausgezeichneten Arbeit verbleibt das Urheberrecht, die Arbeit muß aber längstens in der ersten Hälfte des Jahres 1880 zum Drucke gelangen.

Die Zuerkennung des Preises wird in der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht.

Journalstimmen.

Gegenüber den aus- und inländischen Zeitungsstimmen über die bevorstehende berliner Ministerbegegnung glaubt das Fremdenblatt versichern zu können, daß Graf Andrassy weder die Politik der Intervention um jeden Preis, noch die Politik der Capitulation auf Gnade und Ungnade vor dem Troke der hohen Pforte vertreten werde. Man ist einig darüber, sagt das Blatt, daß das klar vorliegende Ziel — die friedliche Lösung des Conflictes auf der Balkanhalbinsel — innerhalb der Grenzen der bestehenden internationalen Rechtsverhältnisse zu suchen und auch zu finden ist.

Die Tagespresse schreibt mit Bezug auf dasselbe Thema: Es gilt in hiesigen diplomatischen Kreisen als zweifellos, daß unser Minister des Aeußern von Einmarschprojecten absolut nichts wissen will. Er wird über sein bisheriges Pacifications-Programm nicht hinausgehen.

Die Presse faßt die Stellung der Westmächte zur orientalischen Frage ins Auge und gelangt zu dem Schlusse, daß angesichts der bisherigen Haltung derselben nichts unwahrscheinlicher sei, als daß die Ergebnisse der berliner Conferenzen, die sich doch nur im friedlichen Rahmen bewegen können, das europäische Concert zu stören geeignet sind.

Die Neue freie Presse beschäftigt sich in anerkennendster Weise mit der vermittelnden Haltung des Grafen Andrassy bei den Ausgleichsverhandlungen und findet, daß dieselbe sowohl den ungarischen Interessen förderlich, als durch seine Stellung als Minister des Aeußern bedingt gewesen sei.

Die Deutsche Zeitung, von dem Zusammenritte und der Thätigkeit der Delegationen sprechend, vermist unter den damaligen politischen Verhältnissen mehr als je die Wirksamkeit eines kräftigen, die Kontrolle über die gemeinsamen Angelegenheiten mit Ernst und Entschiedenheit ausübenden Centralparlamentes.

Der Tagesbote aus Mähren bedauert, daß von ungarischer Seite der Vorschlag auf Stabilisierung des Ausgleichs nicht angenommen wurde.

Ein wiener Correspondent der Bohemia betont, daß das österreichische Ministerium sein im Parlamente abgegebenes Versprechen, den Ausgleich unter entschiedener Wahrung der österreichischen Interessen zu machen, im vollen Umfange eingehalten habe.

zurücklegen können. Selbstverständlich ist auch bei dem einzelnen Reisenden das Maß der Reiselust im engeren Sinne ein verschiedenes und deshalb eine Schätzung der anzuwendenden Mittel schwierig. Im allgemeinen läßt sich jedoch annehmen, daß die Gruppe einzelner Touren, welche bei einem zweimonatlichen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten zwischen der Küste und dem Mississippi mit Genuß und ohne Anstrengung von dem Reisenden zurückgelegt werden können, eine Ausgabe von etwa 200 Dollars (750 M.) an Billets und Nebenkosten verursacht. Hierzu treten ferner die Kosten der zweimaligen Ueberfahrt über den Ozean. Im Zwischendeck wird der Vergnügungsreisende nicht fahren wollen, und der Unterschied im Preise zwischen der ersten und zweiten Kajüte ist im Vergleich zu den Gesamtkosten der Reise ein so geringer, daß schwerlich jemand sich auf einen Monat den mit Benützung der zweiten Kajüte verbundenen lästigen Beschränkungen gegenüber der verhältnismäßig unbedeutenden Kostenersparnis aussetzen wird.

In erster betrügt der Preis der Ueberfahrt von Bremen oder Hamburg nach New York 495 Mark, falls sich die Dampfer-Gesellschaften nicht zu Ermäßigungen für Ausstellungsbesucher verstehen; und es kann deshalb die Hin- und Rückreise von einem Punkte in der Mitte Deutschlands, einschließlich der unvermeidlichen Nebenkosten, auf mindestens 1200 M. veranschlagt werden. Nach dem Vorstehenden würde sich also eine Reise nach den Vereinigten Staaten mit zweimonatlichem Aufenthalte daselbst folgendermaßen stellen: 60 Tage zu 10 Dollars = 600 Dollars, Eisenbahnfahrten 200 Dollars, allerhand unvorhergesehene Auslagen zum mindesten 200 Dollars; zusammen 1000 Dollars, und einschließlich der Kosten für die Ueberfahrt in runder Summe 5000 Mark. Während es einerseits schwer thöulich ist

(wie oben bemerkt), diesen Anschlag um ein Erhebliches herunterzusetzen, so sind andererseits durch eine Erhöhung desselben um nur ein Drittel oder die Hälfte die Mittel zu einer Menge Bequemlichkeiten geboten, welche sich der reisende Amerikaner in seinem eigenen Lande kaum gestattet; es sind hierzu zu rechnen Miethwagen, Badezimmer in den Gasthöfen, ganze Abtheilungen (whole sections) in den Schlafwagen der Nachtzüge und dergleichen, — gastronomische Genüsse, wo solche überhaupt zu haben sind, freilich noch nicht.

Wenn bei diesen letzten Zeilen es manchem Leser erscheinen mag, als ob diese Bemerkungen nur für Erösus und seine Nachfolger geschrieben seien, so muß dem gegenüber betont werden, daß Amerika eben kein Feld für Touristen bis jetzt gewesen ist und daß die Eigenthümlichkeiten des Landes es auch nie zu einem solchen, wie die Schweiz oder Italien es sind, werden machen können; es wird deshalb mancher, dem seine Verhältnisse eine mehrmonatliche Ferienreise in irgend einem Theile Europa's wol gestatten, auf die Reise über dem Ozean verzichten müssen. Andererseits kann vielleicht bemerkt werden, daß derjenige, der zwölf Wochen und halb so viele Tausende von Mark zu seiner freien Verfügung hat, die selben weit genutzreicher, sei es in Italien, sei es im Orient, verwenden könne; auch das kann an und für sich nicht bestritten werden, und es möchte niemandem anzurathen sein, einer Reise nach Amerika zu Liebe einen Ausflug in jene Länder aufzugeben. Allein die Vereinigten Staaten bieten, wenn auch nicht so viel Schönes, doch so viel Interessantes und so reichliche Gelegenheit, Neues zu lernen und alte Vorurtheile (günstige und ungünstige) abzustreifen, daß ihr Besuch, selbst auf wenige Monate, lohnend und lehrreich ist.

Der Cittadino hält es als festgestellt, daß lediglich hohe politische Rücksichten für die Machtstellung Oesterreichs maßgebend bei der Vereinbarung waren.

Die Politik glaubt, daß die bevorstehenden berliner Conferenzen zu Entscheidungen von großer Tragweite führen können.

Der Pokrol fürchtet nicht, daß Oesterreich Rußland feindlich entgegentreten werde.

Der Osservatore Triestino, die Triester Zeitung und der wiener Correspondent der Gazzetta di Trento begrüßen die Conferenz als ein sehr günstiges Anzeichen für die Erhaltung des Friedens.

Die Resultate des österreichisch-ungarischen Ausgleiches.

Der Ausgleich ist perfect!

In diesem Factum concentrirt sich die wichtigste Nachricht, vor der alle übrigen Tagesfragen, so einschneidend sie uns sonst auch berühren mögen, weit in den Hintergrund treten. Die Kunde von diesem Ereignisse hat der Telegraph bereits vorher in gedrängter Kürze nach allen Richtungen getragen, und sind wir gewiß, daß dieselbe überall, wo man die Geschichte und den inneren Frieden Oesterreichs mit Interesse verfolgt, mit dem Gefühle angenehmer Befriedigung aufgenommen wurde.

Im nachstehenden führen wir die wesentlichsten Punkte an, über welche sich die beiden Regierungen nach langen Conferenzverhandlungen geeinigt haben und welche somit als das Ergebnis der Beratungen anzusehen sind.

Dieselben bestehen in folgenden Punctionen:

1. Das Zoll- und Handelsbündnis wird auf zehn Jahre (wesentlich in der gegenwärtigen Fassung) erneuert; eine Kündigung desselben vor dem neunten Jahre ist ausgeschlossen.

2. In Ansehung des allgemeinen Zolltarifs einigte man sich dahin: a) für einige Industrieartikel, insbesondere zum Schutze der Textilindustrie, die Zollsätze in einem den wirklichen Bedürfnissen der Industrie entsprechenden Verhältnisse zu erhöhen; b) bei einigen Artikeln der landwirthschaftlichen Production theils die bestehenden Zollsätze beizubehalten, theils dieselben zu erhöhen; c) den Ausfuhrzoll auf Hädern beizubehalten; d) auf eine Reihe von Consumtionsartikeln, insbesondere Kaffee, Süßfrüchte, Petroleum, Wein und dergleichen im Interesse der Vermehrung der gemeinsamen Zolleinnahmen höhere Zollsätze zu legen.

3. Inbetreff der Verzehrungssteuern einigte man sich dahin, daß die Verhandlungen über die notwendige Reform der bestehenden Gesetze über die Zucker- und Branntweinsteuer ehestens zum Abschluß gebracht und daß hiebei den landwirthschaftlichen Brennerien entsprechende Begünstigungen zugewendet werden sollen.

4. In Ansehung der Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten wurde sowohl das bisherige Quotenverhältnis als der Abzug der Steuerrestitutionen von dem gemeinsamen Zollertragnis beibehalten, mit der Modification jedoch, daß die beiden Reichshälften an der Restitution für exportierten Zucker, Branntwein und Bier in dem Verhältnisse participieren, in welchem Jahr für Jahr die Brutto-Ertragnisse der Steuern für diese einzelnen Artikel in beiden Ländern gebieten zu einander stehen.

5. Das Recht zur Errichtung einer selbstständigen Zettelbank wurde von beiden Regierungen sich gegenseitig zuerkannt. Für die nächsten zehn Jahre jedoch soll unter principieller Anerkennung der Einheit der Note und ihrer Bedeckung in den beiden Ländergebieten zur ausschließlichen Ausgabe von Banknoten nur Eine Bankgesellschaft mit zwei coordinierten, in Wien und Budapest zu errichtenden Bankanstalten und mit einem paritätisch zusammengesetzten Centralorgane ermächtigt werden, dessen Attribute auf jene Agenden beschränkt sein sollen, die aus der Einheit der Note und der Verwaltung des Bankvermögens mit Nothwendigkeit folgen. Von der statutenmäßig emittierten Notenmenge sollen der Bankanstalt in Wien 70 Prozent und der Bankanstalt in Budapest 30 Prozent zur ausschließlichen Verwendung im Bankgeschäfte zur Verfügung gestellt werden.

Zugleich haben beide Regierungen ein Programm zur Ausführung dieser principiellen Abmachungen formuliert, welches sie, vorbehaltlich der nothwendig erscheinenden technischen Modificationen, in den Verhandlungen mit der betreffenden Bankgesellschaft in seinen Grundlagen zur Geltung zu bringen beabsichtigt sein werden. Dieses Programm enthält insbesondere Punctionen über die Organisation der beiden Bankdirectionen sowie des leitenden Centralorgans der Unternehmung, dessen Wirkungskreis in den wichtigsten Beziehungen präcisirt wurde; ferner Punctionen über die örtliche Aufbewahrung des einheitlichen statutenmäßigen Metallschatzes der Bank, über welchen nur das Centralorgan der Gesellschaft zu verfügen hat, sowie über die Bildung eines außerhalb der Bank stehenden Controlorgans zur Ueberwachung des Bestandes des Bedeckungsschatzes.

Die Rüstungen Montenegro's,

von denen Telegramme im Laufe der letzten Tage wiederholt zu melden mußten, scheinen sich denn doch nicht zu bestätigen. Neuere, inzwischen eingelaufene Berichte stellen dieselben wenigstens entschieden in Abrede und versichern,

	Gold	Barre
Ducaten	5 fl. 68	fr. 5 fl. 69
Napoleonsdor	9 " 58 1/2	9 " 54 1/2
Preuß. Kassenscheine	58 " 90	59 " —
Silber	102 " 75	102 " 90

Krainische Grundbesitzungs-Obligationen,
Privatversicherung: Gold 85, —

daß Montenegro außer der gewöhnlichen und unter den kriegerischen Verhältnissen der Gegenwart wohl begreiflichen Befestigung der Landesgrenzen bisher noch keinen Schritt unternommen habe, der als eine directe Mobilisierung seiner Wehrkraft angesehen werden kann.

Auch die „Pol. Corr.“, die in Angelegenheit der Insurrection bekanntlich sehr wohl unterrichtet ist und deren Berichte aus den verschiedenen Theilen des insurgierten Terrains und der angrenzenden Länder sich bisher fast durchwegs als sehr verlässlich bewährt haben, spricht sich ganz unumwunden im obigen Sinne aus und kennzeichnet alle gegentheiligen Versicherungen als vollständig unbegründete Tendenznachrichten. Dieselbe äußert sich in ihrer neuesten Nummer in nachstehender Weise über diese Frage:

„Schon gestern ist uns aus Ragusa eine analoge alarmierende Meldung über montenegrinische Dispositionen, wie sie mehrere Wiener Blätter theils aus Ragusa, theils aus Zara veröffentlichten, zugegangen. Auch uns wurde angekündigt, daß für den 5. Mai alle Montenegriner unter die Waffen gerufen sind, und die montenegrinischen Senatoren, welche militärische Commanden führen, zu ihren Truppen zu stoßen haben. Wir haben von der Mittheilung dieser Nachrichten in sofortiger Erkenntnis abgesehen, daß man es da mit Angaben zu thun habe, welche, mit den tatsächlichen Verhältnissen im Widerspruch stehend, einer autoritativen Bestätigung bedürfen. In Wirklichkeit haben sich die beunruhigenden Meldungen seither als grundlose Ausstreuungen erwiesen. Man meldet uns von accreditierter Seite, daß in Montenegro nicht ein Mann mehr, als die in den Grenz nahen seit Monaten gleichsam auf Beobachtungs-Piquets gestellten, einige hundert Mann zählenden Detachements aufgedoten worden sind.

Dagegen sollen die Insurgenten beabsichtigen, ihr Operationsterrain von der montenegrinischen Grenze weg, wieder mehr ins Centrum der Provinz zu verlegen und sowohl gegen Trebinje als gegen Mostar zu demonstrieren. Mulhtar Pascha hat bereits Verstärkungen nach Trebinje entsendet, wie auch die Verproviantierung dieses befestigten Platzes eingeleitet worden ist.

Vassa Effendi hat den Metropolit von Mostar ersucht, seine geistliche Autorität bei den Insurgenten für ihre Rückkehr zu gezeigten Zuständen einzusetzen. Der Kirchenfürst scheint aber wenig Lust zu haben, sich in dieser Mission weit vorzuziehen.“

Von der bosnischen Insurrection.

Wie bekannt, cernierte und berannte der Insurgentenführer Golub mit seinen Scharen seit etwa vierzehn Tagen das befestigte Grahovo, welchen Ort in seine Gewalt zu bekommen ihm von der Centralleitung der Insurrection befohlen wurde. Allein trotz der Verstärkungen, die Golub durch die Scharen des Popen Karan erhielt, gelang es ihm nicht, mit der Belagerung vorwärts zu kommen. Es ist überhaupt zu constatieren, daß weder die herzegowinische, noch die bosnischen Aufständischen einen, wenn auch noch so schwach befestigten Platz in ihre Gewalt zu bringen vermochten, — ein Umstand, welcher am lähmendsten auf die intensive Entwicklung der Bewegung einwirkt. So sah sich denn auch Golub bemüht, unverrichteter Dinge von Grahovo abzugehen und nach Unac zurückzukehren. Jetzt will er eine Expedition nach Livno vorbereiten. Aber allem Anschein nach dürfte auch dieses Unternehmen von keinem Erfolge gekrönt werden, da die Türken in Serajewo auf ihrer Hut sind und rechtzeitig Wind von diesem Vorhaben bekamen. Sie entsandten unverzüglich unter dem Miralaj Jusuf drei Tabor Nizams und Redifs nach Livno, welches auf einer von 15,000 meist Mohamedanern bewohnten Hochebene liegt und ein wichtiger strategischer Punkt ist. Diese Hochebene hat eine Länge von zehn und eine Breite von drei Stunden und grenzt an die Grahovoer. Es wird also für Golub die Eroberung von Livno nicht so leicht sein.

Während die ärmere mohamedanische Bevölkerung keinen großen kriegerischen Enthusiasmus zeigt und sich am liebsten fern vom Schusse halten möchte, ist der bosnische mohamedanische Adel (Bega) fest entschlossen, bis aufs äußerste zu kämpfen, da sie nichts so sehr wie die Schaffung eines autonomen Zustandes in dieser Provinz fürchten, was sie mit dem Verlust ihrer Privilegien wie eines Theiles ihres ausgedehnten Grundbesitzes gleichbedeutend betrachten. Die Repräsentanten dieser privilegierten mohamedanischen Adelsklasse hielten eine Besprechung und beschloßen, den Sultan zu bitten, nicht nur keine Autonomie zu gewähren, sondern die aus den insurgierten Provinzen geflüchteten Rajahs nicht mehr ins Land zu lassen. Eine „Masbata“ (Bittschrift) ist abgefaßt worden, und in diesem Momente werden Unterschriften zur selben gesammelt. Bis jetzt zählt sie bereits 1750 Unterschriften. Wird auch diese „Masbata“ schließlich von praktischen Ergebnissen gefolgt sein, so ist doch ein Fingerzeig für die Stimmung unter der Crème der mohamedanischen Bevölkerung in Bosnien.

Der türkische Militärcommandant von Novi-Bazar meldet soeben, daß im Laufe der letzten Tage 60 Montenegriner das bosnische Grenzdorf Proskin überfallen haben, um den dortigen christlichen Einwohnern ihren Viehbesitz zu rauben. Die letzteren setzten sich zur Wehr und es entspann sich ein lebhafter Kampf, welcher, nach-

dem inzwischen türkisches Militär den Angegriffenen zu Hilfe kam, mit der Verjagung der räuberischen Eindringlinge endigte. Nach einer Meldung des Mutescharif von Bijac beträgt die Zahl der in den Bezirk von Novosel zurückgekehrten Flüchtlinge mehr als 6000 Personen.

Bulgarische Autonomie-Bestrebungen.

Je ungetrübter die Ruhe in Bulgarien herrscht — schreibt man der „Pol. Corr.“ aus Rufsuk vom 1. d. M., — desto vorsorglicher zeigt sich der notablere Theil der bulgarischen Bevölkerung für die Erhaltung dieser befriedigenden Zustände im Vilajet. Diese Präventivpolitik treibt aber nicht selten wunderliche Pläne und ist eben erst jetzt wieder etwas im Zuge, was auf die Naivetät unserer bulgarischen Politiker ein großes Streiflicht wirft.

Seit einigen Tagen wird unter dem lokalen und wohlhabenderen Theil der bulgarischen Bevölkerung eine Petition an den Sultan colportiert, deren Ziel nichts Geringeres, als die Schaffung eines constitutionellen Staates im absoluten Staate bildet. Mit der Motivierung, jedem etwaigen gewaltsamen Umsturz des Bestehenden begegnen zu wollen, wird der Sultan ehrfurchtvoll gebeten, seinem bulgarischen Vilajet eine Reihe von Zugeständnissen gewähren zu wollen, welche die Ruhe desselben und die loyale Treue seiner bulgarischen Unterthanen für ewige Zeiten verbürgen sollen. Die Petition verlangt:

1. Bulgarien soll fortan ein eigenes Königreich bilden.
2. Der Sultan ist „König der Bulgaren“.
3. Bulgarien erhält eine Repräsentativ-Verfassung und eine eigene aus Christen und Mohamedanern gebildete Regierung, die der nationalen Vertretung und der Krone verantwortlich ist.
4. Die nationale Vertretung wird in Rufsuk tagen.
5. Die Centralregierung in Konstantinopel behält nach wie vor die Leitung des Kriegswesens und der auswärtigen Angelegenheiten.

Die gesammelten in dieser Petition zutage tretenden Ideen zeichnen sich gerade nicht durch Neuheit aus. Schon im Jahre 1867 circulierte hier eine analoge Reformpetition, welche gedruckt vom Auslande importiert wurde. Damals kam es gar nicht zur Ueberreichung, da mittlerweile im Jahre 1868 der Aufstand unter Hadzi-Dimitrije ausbrach, welcher von der türkischen Armee blutig unterdrückt wurde. Nun greift man abermals auf das alte, wenigstens mit modernerem Gewande aufgeputzte Project zurück, über dessen praktische Seite im Grunde nicht viel zu sagen ist. Wahrscheinlich wird man die Petition in Konstantinopel überreichen, aber sicherlich damit keinen Erfolg erzielen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 8. Mai.

Die in der europäischen Presse noch immer lebhaft fortgesetzte Erörterung der bevorstehenden Berliner Zusammentkunft weist im allgemeinen keine neuen Gesichtspunkte auf. Je nach der politischen Tendenz der betreffenden Organe wird mit mehr oder weniger Entschiedenheit auf die hohe und immer unverkennbarer hervortretende Bedeutung des Drei-Kaiser-Bündnisses und auf die werthvollen Bürgschaften hingewiesen, welche die Interessen des allgemeinen Friedens durch die Wiederaufnahme persönlicher Auseinandersetzungen der leitenden Staatsmänner Deutschlands, Rußlands und Oesterreich-Ungarns gewonnen haben.

Was die verschiedenen Angaben über die künftige Organisation des deutschen Reichskanzleramtes betrifft, so findet sich darin, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hervorhebt, augenscheinlich eine Vermischung derjenigen Anordnungen, welche unmittelbar bei Gelegenheit der Neuorganisation des Präsidiums notwendig werden, mit den Plänen, welche erst in der Vorbereitung begriffen sind und deren Verwirklichung wol noch nicht der nächsten Zukunft angehören wird. Namentlich ist zu bemerken, daß Bestimmungen über anderweitige Befestigung des Reichsjustizamtes wol erst für den Zeitpunkt in Aussicht stehen, wo die großen Justizgesetze in Kraft treten werden. Auch hinsichtlich Elsaß-Lothringens ist es nicht wahrscheinlich, daß eine andere Einrichtung schon jetzt erfolgen wird, da hierbei die sachlichen Fragen in vielfacher Beziehung mit Personenfragen zusammenhängen, die sich nicht kurzer Hand erledigen lassen.

Diese Woche treten die französischen Kamern wieder zusammen. Unter den Vorlagen von Bedeutung, welche sie zunächst zu erledigen haben werden, sind das Mairegesetz, die Amnestie-Anträge und die Reform des Universitätsgesetzes zu erwähnen. Bezüglich der beiden letzteren Gegenstände wird eben in ganz Frankreich eine rührige Petitionsbewegung in Scene gesetzt. Die Bischöfe fordern die Familienväter auf, gegen die Waddington'sche Vorlage zu protestieren; eine Masse von Petitionen wird zu diesem Zwecke in den Pfarreien colportiert und der Kammer eingesendet. Man bemüht sich in denselben, die Unterrichtsfrage auf das privatrechtliche Gebiet hinüberzuspielen. Die Radikalen andererseits arrangieren Sturmpetitionen für ein Begnadigungsgesetz, wobei ihnen freilich von der Regierung scharf auf die Finger gesehen wird. In jedem Falle kann man voraussehen, daß der zweite Theil der französischen Parlaments-

Session um ein Bedeutendes erregter sein wird als der erste.

Als entsprechende Einleitung zu den Berliner Ministerconferenzen wird ein Ministerwechsel aus Belgrad gemeldet. Das Ministerium Raljevic, welches bisher trotz alles Drängens der Ultras die Kriegserklärung an die Pforte zu vermeiden gewußt hat, ist zurückgetreten, an seine Stelle ist ein Ministerium Ristic berufen worden. Zwar ist Ristic nur Consells-Vizepräsident. Die Präsidentschaft ist an Herrn Steffica übertragen worden. Aber der Umstand, daß letzterer Bauteurminister ist, spricht laut genug dafür, daß seine Präsidentschaft nur eine nominelle sei. Thatsächlich ist Ristic, welcher das unter den heutigen Verhältnissen so wichtige Portefeuille des Aeußern erhielt, als die Seele der neuen Regierung anzusehen.

Auch in Rumänien ist, nachdem das Cabinet Florescu die Mehrheit im Senate nicht erhalten konnte, wieder eine Ministerkrise ausgebrochen. Das Cabinet hat seine Entlassung gegeben. Als Nachfolger Florescu's wird ein bisher unbekannter Herr Zevureanu bezeichnet.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß in Tatar-Bazarschik „belanglose Unruhen“ ausgebrochen sind. Tatar-Bazarschik liegt südlich des Balkangebirges, wenige Stunden von Philippopol entfernt. Der Aufstand greift also bereits in das Herz der europäischen Türkei hinüber. — Ein Schreiben des Gouverneurs von Cret gibt bekannt, daß auf der ganzen Insel Ruhe herrscht.

Tagesneuigkeiten.

— (Abschiedsbrief im Sande.) Unterhalb der Nordbahnbrücke in Wien sprang am 30. April ein anständig gekleideter junger Mann in den Donauström und verschwand sofort unter den Wellen. Bevor der Unbekannte diese That vollführte, schrieb er mit seinem Spazierstock in den Sand am Ufer: „Franz R. ist Sonntag den 30. April ins Wasser gesprungen.“

— (Dreifacher Mord.) Aus Tschernowitz in Mähren wird telegraphirt: „In dem benachbarten Dels wurde am 4. d. M. ein dreifacher Mord verübt. Der Ortsmüller sammt seiner Frau und einem Kinde wurden getödtet. Die That scheint aus räuberischen Motiven verübt worden zu sein.“

— (Mord.) Zu einem Mordanschlag im Zimmer der Franz Josefs-Kaserne auf dem prager Grabschitz gerieth diefer Tage der Sappeur Wenzel III mit dem Genie-Soldaten der 14. Compagnie des 1. Genie-Regiments wegen einer unbedeutenden Veranlassung in einen Wortwechsel, wobei Wenzel III das Gewehr ergriff, daselbe lud und den Genie-Soldaten durch einen Schuß in den Kopf tödt niederstreckte. Der Mörder wurde sofort in Haft genommen.

— (Der Theaterbrand in Rouen.) Die amtlich festgestellte Zahl der bei dem Theaterbrande von Rouen verunglückten Personen beläuft sich auf 20, nämlich 12 Militärs, wovon 1 Todter, 7 Verwundete und 4 Vermißte, und 8 Civilpersonen, wovon 3 Todte und 5 Verwundete.

— (Zur Weltausstellung in Philadelphia.) Eine Eigenthümlichkeit der kommenden philadelphischer Ausstellung wird, wie dem „Freibl.“ geschrieben wird, ein großes Indianerlager sein, welches in unmittelbarer Nähe des Ausstellungsplatzes errichtet wird. Nicht weniger als 53 Indianerstämme werden durch 300 Personen vertreten sein. Unter ihnen werden sich mehrere der berühmtesten Häuptlinge mit ihren Familien befinden, die in ihrem Nationalcostüme und ohne ihre Gebräuche und Sitten aufzugeben, während der Ausstellung das Lager bewohnen werden. Ein halbes Hundert Indianer (Comanches) ist bereits in Philadelphia eingetroffen.

— (Aus Neuseeland) werden folgende Reformen gemeldet: Der König der Maoris Tautiao hat unter 25. Dezember 1875 folgendes hochwichtige Reformdecret erlassen: Es heute an werden abgeschafft und hien auf zu sein: 1. die Priester, 2. die Propheten, 3. die Gebete, 4. die Zaubereien, 5. die Todtenfeier, 6. die Streitigkeiten über den Grundbesitz, 7. die Streitigkeiten über die Weiber, 8. der Verkauf von Grundstücken, 9. die Pacht von Grundstücken, 10. das Fluchen, 11. der Diebstahl, 12. der Mord, 13. die Arbeitsentstellung, 14. der Betrug, 15. die Autorität der Häuptlinge, 16. der Zorn, 17. die Rache, 18. die Leckermäuligkeit, 19. der Dunkel, 20. der Starrsinn, 21. die Staatshilfe, 22. die üble Gewohnheit des Rumtrinkens, 23. die Uneinigkeit. Gegeben zu Rikurangi. Gezeichnet Tautiao.

Lokales.

— (Der Herr k. l. Landespräsident Ritter v. Widmann) ist von seiner Inspectionreise im politischen Bezirke Voitsch, auf welcher er auch die Bergstadt Idria berührte, vorgestern zurückgekehrt.

— (Installation.) Sonntag den 7. d. M. fand in der hiesigen Domkirche die feierliche Installation des hochwürdigsten neuen Domherrn Herrn Urbas statt, welcher in das seinerzeit vom verstorbenen Domherrn Georg Savaschnig innegehabte Canonicat eingesetzt wurde.

— (Gemeindevahl.) Bei der am 30. April 1876 in der Ortsgemeinde Presser stattgehabten Wahl des neuen Gemeindevorstandes wurden der Grundbesitzer und bisherige Gemeindevorsteher Andreas Petelin von Oberbrosowiz zum Gemeindevorsteher, dann die Grundbesitzer Johann Koval von Presser, Stefan Rogel von Unterbrosowiz und Jakob Koval von Rastina zu Gemeinderäthen gewählt.

— (Laibacher Musikverein.) Wie aus der am verfloffenen Sonntage stattgefundenen Generalversammlung des Laibacher Musikvereins hervorgeht, scheint derselbe in der Sympathie des Publikums leider noch nicht jene Wurzeln geschlagen